

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
per E-Mail an:
recht-post@e-control.at

BKA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Mag. Andreas Honeder, MSc (WU)
Sachbearbeiter

ANDREAS.HONEDER@BKA.GV.AT
+43 1 53 115-203947
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2023-0.483.908

Entwurf einer Verordnung des Vorstands der E-Control über die Voraussetzung an die fachliche Qualifizierung der Energiedienstleisterinnen und Energiedienstleister nach dem EEffG (Energieeffizienz-Qualifikationsbewertungs-Verordnung – EEff-QBV); Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem mit oz. Note übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Zu legislatischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html> hingewiesen, unter der
insbesondere

- die Legislativen Richtlinien 1990¹ (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)² und
- verschiedene, legislative Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

¹ <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

² https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen.

II. Zum Verordnungsentwurf

Allgemein:

Es wird angeregt, sämtlich Untergliederungseinheiten auf ihre Formatierung zu prüfen. So scheint etwa § 2 Z 1 anders formatiert als die restlichen Ziffern des § 2, § 3 Abs. 3 Z 1 anders als dessen Z 2 und 3 und auch bei den §§ 5, 7 und 9 dürften nicht die vorgeschriebenen Formatvorlagen verwendet worden sein.

Zum Titel:

Es sollte „Verordnung ... über die Voraussetzungen für die fachliche Qualifizierung ...“ lauten (vgl. den Duktus in der Überschrift des 2. Abschnitts).

Zur Promulgationsklausel:

Die Promulgationsklausel sollte lauten (vgl. LRL 145, 124):

„Auf Grund des § 44 Abs. 3 des Bundes-Energieeffizienzgesetzes (EEffG), BGBl. I Nr. 72/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 59/2023, wird verordnet:“

Zu § 1:

Da die Promulgationsklausel nicht Teil des eigentlichen Verordnungstexts ist und somit für die Beurteilung der erstmaligen Zitierung außer Betracht bleibt, wird angeregt, dass EEffG in § 1 mit Kurztitel, Abkürzung und Fundstelle zu zitieren. Im Sinne der LRL 2 und 3 wird darauf hingewiesen, dass Verordnungen zur Erzeugung von Rechtsnormen bestimmt sind und Motive für eine Bestimmung (bzw. die gesamte Verordnung) in den Erläuterungen wiedergegeben werden sollten. Es hätte überdies „Aufnahme in die elektronische Liste der Energiedienstleisterinnen und Energiedienstleister gemäß § 45 EEffG und den Verbleib in dieser.“ zu lauten.

Zu § 2:

Am Ende von Z 1 wäre ein Strichpunkt zu setzen.

Der Hinweis auf Anhang I in Z 3 wäre fett zu formatieren (Punkt 2.5.11 der Layout-Richtlinien).

Es ist unklar, weshalb nur in Z 5 die Wortfolge „einer Person“ verwendet wird, obwohl Z 4 und 5 ansonsten ähnlich formuliert sind. Es wird angeregt, diese Wortfolge in Z 5 entfallen zu lassen oder sie in Z 4 zu ergänzen.

In Z 6 sollte das Wort „insbesondere“ entfallen, wenn keine demonstrative Aufzählung erfolgen soll; ist die demonstrative Aufzählung intendiert, sollte in den Erläuterungen beispielhaft dargelegt werden, welche Projekte ebenfalls als Referenzprojekt im Sinne der Verordnung gelten sollen.

Zu § 3:

Der Strichpunkt am Ende von Abs. 2 Z 1 und Abs. 3 Z 1 sollte jeweils durch einen Beistrich ersetzt werden.

Es sollte geprüft werden, ob Abs. 3 überhaupt erforderlich ist oder nicht auch der Verbleib in der elektronischen Liste in Abs. 2 aufgenommen werden sollte. Es ist nämlich unklar, inwieweit tatsächlich der Erwerb neu erlangter theoretischer Fachkenntnisse (bzw. neu hinzugekommener praktischer Erfahrungen) erforderlich sein soll; es dürfte wohl ausreichen, die zur Eintragung erforderlichen Fachkenntnisse aufrecht zu erhalten. Der Nachweis weiterhin vorhandener Fachkenntnisse könnte ohnedies im Wege von Aus- bzw. Fortbildungsverpflichtungen, wie sie § 4 enthält, vorgesehen werden.

Zu § 4:

Im Interesse der höheren Verständlichkeit (insbesondere beim Vorlesen des Verordnungstexts) wird angeregt, bei der Verwendung von Zitaten mit dem Doppelzeichen „§§“ den bestimmten Artikel zu verwenden (in Abs. 1 also: „gemäß den §§ 5, 6“; vgl. die Beispiele bei LRL 137).

In den Abs. 4 und 5 sollte neben der „Folgemitteilung“ auch auf die „Erstmitteilung“ abgestellt werden, weil eine Folgemitteilung erstmalig beim gewünschten Verbleib in der Liste erfolgt; eine Anknüpfung daran ist somit erst bei der zweiten Folgemitteilung möglich.

Zu § 5:

Der Strichpunkt am Ende der Z 1 sollte durch einen Beistrich ersetzt werden.

In Z 3 hätte es „Doktoratsstudiums“ zu lauten.

Die Formatierung des Texts der Ziffern gemäß den Layout-Richtlinien sollte überprüft werden (der Abstand zwischen der Zahl und dem dazugehörigen Text erscheint zu groß; so übrigens auch an anderen Stellen des Entwurfs).

Zu § 6:

In Abs. 1 dürfte es sich aus Sicht der Auszubildenden eher um einen „Lernaufwand“ handeln. Die Wortfolge „oder einer äquivalenten Zeitspanne“ scheint etwas irreführend, da die in den Erläuterungen genannten Semesterwochenstunden und ECTS streng genommen wohl keine Zeitspannen sind. Allenfalls sollte erwogen werden, die Umrechnung von Semesterwochenstunden und ECTS in Punkte in den Verordnungstext aufzunehmen.

Der Hinweis auf Anhang I in Abs. 2 und 3 wäre jeweils fett zu formatieren (Punkt 2.5.11 der Layout-Richtlinien). Sofern die Verordnung ohnehin nur einen Anhang enthalten soll, könnte der Ausdruck „I“ in der Bezeichnung entfallen.

Zu § 7:

In Abs. 1 sollte auch im Verordnungstext (und nicht nur in den Erläuterungen) auf den Abschluss des Referenzprojekts abgestellt werden, weil ansonsten unklar bleibt, woran mit der Wortfolge „älter als fünf Jahre“ angeknüpft werden soll.

In Abs. 2 und 3 könnten jeweils die Hinweise auf das EEffG (etwa: „gemäß § 35 Z 29 EEffG“) ohne Bedeutungsverlust entfallen, weil gemäß § 2 ohnehin die Begriffsbestimmungen des EEffG gelten sollen.

Bei Abs. 3 ist unklar, weshalb nur auf die maßgebliche Beteiligung abgestellt wird. Die Erläuterungen, wonach eine Projektleitung für den Erhalt von Referenzprojekt-Punkten möglich sei, stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Erläuterungen zu § 2, wonach eine Person zeitgleich maßgeblich an einem Referenzprojekt beteiligt sein und das Projekt leiten könne (woraus sich ableiten lässt, dass es sich um zwei unterschiedliche

Begriffe handelt). Sollte die Leitung eines Projekts jedenfalls als maßgebliche Beteiligung daran gelten – wovon die Erläuterungen zu § 7 ausgehen dürften –, sollten die Erläuterungen zu § 2 (oder der Text des § 2 Z 5) umformuliert werden.

In Abs. 4 wäre der Hinweis auf Anhang I fett zu formatieren (Punkt 2.5.11 der Layout-Richtlinien).

Zu § 8:

Die Abkürzung „idgF“ sollte jeweils durch die Angabe der anzuwendenden Fassung oder durch die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt werden. Es hätte „IngenieurbüroVerordnung“ zu lauten. Der Hinweis auf Anhang I wäre fett zu formatieren (Punkt 2.5.11 der Layout-Richtlinien).

Zu § 9:

In Abs. 1 Z 1 deutet das Wort „insbesondere“ auf eine demonstrative Aufzählung hin, wohingegen den Erläuterungen keine derartige Aussage zu entnehmen ist; eine Klarstellung wird angeregt. Die Formatierung der Literae in Abs. 1 Z 1 müsste überprüft werden und die Buchstabenbezeichnung müsste jeweils mit einer Klammer anstelle des Punktes abschließen (Punkt III.2.5.7.4.2 der Layout-Richtlinien).

Bei der Gewerbeordnung 1994 sollte bei der erstmaligen Zitierung neben Abkürzung und Fundstelle auch der Kurztitel angeführt werden; danach wäre allerdings die Anführung der Abkürzung ausreichend (LRL 133). Zum Zitat des ZTG siehe sinngemäß die Anmerkung zu § 8.

Im Sinne der LRL 56 wird empfohlen, die verweisende Bestimmung so zu fassen, dass ihr Grundgedanke ohne Nachschlagen zu verstehen ist. Dies könnte mit einer Aufnahme des Wortlautes der adressierten Gewerbe (zB „Baumeister, Brunnenmeister“ ...) bei den Verweisen erreicht werden.

In Abs. 2 Z 2 sollte es besser „Lernaufwand₁“ lauten, weil der Satz nach Z 2 fortgeführt wird.

Der Schlussteil des Abs. 2 sollte mit der entsprechenden E-Recht-Formatvorlage versehen werden.

Abs. 3 sollte in zwei Absätze aufgeteilt werden, weil eine gleichrangige Gliederung eines Absatzes in Ziffern und Buchstaben zu vermeiden wäre; allenfalls könnte eine Ziffer in Buchstaben untergliedert werden. Weiters sei zum vorgeschlagenen Abs. 3 auf Folgendes hingewiesen: Da der Satz nach der Zifferngliederung fortgesetzt wird, sollten in der Zifferngliederung keine Strichpunkte verwendet werden. Der nach der Zifferngliederung folgende Teil wäre als Schlussteil des Absatzes zu formatieren. Die Wortfolge „sich auf zumindest“ stellt wohl bereits einen Teil von lit. a dar, lit. b enthält kein vollständiges Verb und lit. c knüpft nicht an den Einleitungsteil an. Zum Inhalt von lit. d siehe die Anmerkung zu § 7 Abs. 1. Da in lit. c das Wort „und“ verwendet wird, sollten lit. a und b nicht mit einem Strichpunkt abschließen. Die Buchstabenbezeichnung müsste jeweils mit einer Klammer anstelle des Punktes abschließen (Punkt III.2.5.7.4.2 der Layout-Richtlinien).

Der Bedeutungsgehalt von Abs. 4 und 5 lässt sich nur schwer ermitteln, weswegen eine Überarbeitung angeregt wird. In Abs. 4 ist unklar, inwieweit Dienstzeugnisse mit den vorgesehenen Inhalten (die nicht auf Referenzprojekte abstellen) überhaupt relevant sind. Abs. 5 könnte etwa lauten:

(5) Auszüge aus dem Firmenbuch oder Gewerberegister gelten als zulässige Nachweise, wenn sie im Zeitpunkt der Übermittlung im Rahmen einer Erstmitteilung oder Folgemitteilung nicht älter als sechs Monate sind.

Zur Bezeichnung des 6. Abschnitts:

Die Abschnittsbezeichnung hätte „5. Abschnitt“ zu lauten.

III. Zu den Materialien

Zur Gestaltung der Materialien wird generell auf die Legistischen Richtlinien 1979 und die entsprechenden Rundschreiben verwiesen.

Beim Abschnitt „Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:“ müsste das Wort „wird“ durch das Wort „ist“ ersetzt werden und es hätte „§ 7 Abs. 1 des Energie-Control-Gesetzes“ zu lauten (LRL 136).

Die Überschrift vor den (eentlichen) Erläuterungen weicht vom Kurztitel des Verordnungsentwurfs ab; überdies sollte die Überschrift nur „Erläuterungen“ lauten.

Im Allgemeinen Teil wäre im zweiten Absatz zu berücksichtigen, dass § 44 EEffG nur aus drei Absätzen besteht und die Verordnungsermächtigung in dessen Abs. 3 (und nicht 4) geregelt wird.

Im Besonderen Teil sollte die Formatierung der Überschriften geprüft werden (es wäre – abgesehen von der Überschrift „Besonderer Teil“ selbst – die Formatvorlage „82_ErlUeberschrL“ zu verwenden; Punkt 2.6.1.1 der Layout-Richtlinien).

Bei den Erläuterungen zu § 4 hätte es „für die Ersteintragung erforderlich sind.“ zu lauten.

Bei den Erläuterungen zu § 9 Abs. 1 hätte es „Auf folgende Gewerbe“ zu lauten und bei jenen zu § 9 Abs. 2 „Lernaufwand“.

Wien, am 7. Juli 2023

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

MMag. Josef Bauer

Elektronisch gefertigt